



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 23. Oktober 2012 (24.10)  
(OR. en, de)**

---

**Interinstitutionelles Dossier:  
2012/0062 (COD)**

---

**13904/12  
ADD 1**

**MAR 112  
TRANS 297  
SOC 754  
CODEC 2163**

**ADDENDUM ZUM BERICHT**

---

des	Generalsekretariats
an den	Rat

---

<u>Betr.:</u>	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG über die Hafenstaatkontrolle – <i>Allgemeine Ausrichtung</i>
---------------	---

---

Die Delegationen erhalten anbei eine Erklärung von Österreich zu dem obengenannten Vorschlag,  
die in das Protokoll über die Ratstagung aufzunehmen ist.

---

## **ERKLÄRUNG ÖSTERREICHS**

"Österreich ist sich der Bedeutung des Seearbeitsübereinkommens bewusst, das einen wichtigen Ansatz dazu darstellt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Seeleute auf Schiffen zu verbessern. Aus diesem Grund werden die Anstrengungen begrüßt, das Seearbeitsübereinkommen in einer möglichst großen Zahl von Staaten umzusetzen.

Auf der anderen Seite ist die Seeschifffahrt für einen Binnenstaat wie Österreich von geringer Bedeutung, nicht zuletzt weil das Seeschiffregister für gewerblich genutzte Schiffe geschlossen wurde. Österreich ist somit in dieser Hinsicht kein Flaggenstaat mehr.

Österreich möchte keineswegs den anderen Mitgliedstaaten im Weg stehen, wenn sie im Sinne der vorliegenden Richtlinien vorschläge das Seearbeitsübereinkommen ratifizieren. Da die Implementierung dieses Übereinkommens aber mit großem administrativen und finanziellen Aufwand verbunden ist, der in keinem Verhältnis zur inhaltlichen Betroffenheit steht, gedenkt Österreich nicht, das Seearbeitsübereinkommen zu ratifizieren."

---